

(Abg. Schulze.)

(A) und viel früher mit einer Revision dieser ganzen Gesetzgebung anfangen müssen.

Meine Herren! Hierbei möchte ich auf eins hinweisen. Während die jetzt bestehende Gemeindeverfassung, wie Sie ja alle wissen, Anfang der 70er Jahre aus einem Gusse und im Zusammenhang alle Gebiete des Gemeinwesens gleichmäßig umfassend durchgeführt wurde, sehen wir gegenwärtig bei dem Ministerium des Innern das Bestreben, ganz in diametralem Gegensatz zu der früheren Art, überall Stückwerk zu machen, da einen Flecken aufzusetzen, da etwas zu ändern, hier etwas zu bessern und so fort. Eine systematische, zusammenhängende Änderung dieser Gesetzgebung, die für die Gemeinden nur Gutes schaffen könnte und die dringend notwendig ist, wird nicht beliebt, und so kommen wir auf diesem Gebiete in absehbarer Zeit zu einer Gesetzesammlung, in der sich später kein Mensch mehr zu recht findet. Wir haben im vorletzten Jahre das Gesetz über Gemeindeverbände erhalten, an sich ein ganz gutes Gesetz, aber es hätte nach meiner Überzeugung mit wenigen Änderungen viel besser eingearbeitet werden können in die Landgemeindeordnung. Wir bekommen jetzt ein Gemeindesteuergesetz, ein Gesetz über eine Änderung der Landgemeindeordnung liegt bereits vor, und heute ist uns weiter vom Herrn Minister ein Gesetz angekündigt worden über die Revision der Bezirksverbände, alles selbständige Gesetze, die alle durcheinanderlaufen und doch schließlich, im Grunde genommen, nur ein und dieselbe Materie behandeln. Es wäre viel richtiger, wenn man diese Materie in innigstem Zusammenhange in einem Gesetze bearbeitete, natürlich unter der Voraussetzung, daß alle Bedürfnisse der modernen Zeit, des modernen Lebens, die modernen Aufgaben in den Gemeinden darin berücksichtigt würden. Ich sehe in dieser Art der Gesetzesmacherei keinen Fortschritt, sondern gegenüber der bestehenden Gesetzgebung in formeller Beziehung einen Rückschritt.

Meine Herren! Dann ist aber auch die Verschuldung der Gemeinden nicht nur entstanden durch die Ursachen, die ich eben angedeutet habe, sondern sie ist auch entstanden durch das in den Gemeinden bestehende Wahlrecht. Indem Sie in unserer Gemeindegesetzgebung eine Klasse, und zwar die ansässige Klasse, zur absoluten Herrscherin in der Gemeinde machen, verhindern Sie eine Steuerpolitik in den Gemeinden, die imstande wäre, gesunde Finanzen zu schaffen. Die Herrschaft einer Klasse

in der Gemeinde verhindert aber eine vernünftige (C) Steuerpolitik. Sie betrachten die Gemeindeverwaltung als eine Fortsetzung ihrer Geschäftsverwaltung in vielen Fällen und sind nicht dazu zu bewegen, für große kommende Ausgaben Fonds anzulegen, wie wir sie in Hunderten von Fällen beantragt haben. Durch die einseitige Herrschaft der Hausbesitzer ist eine gesunde Steuerpolitik verhindert worden nach der Richtung, daß für kommende Ausgaben vorgesorgt wurde. Es wurden alle Ausgaben, die, namentlich bei den rasch sich entwickelnden Gemeinden, an diese herantreten, durch Anleihen gedeckt, und auf diese Weise sind zahlreiche Gemeinden in einen Grad der Verschuldung hineingeraten, der nicht mehr zu überbieten ist.

Meine Herren! Es war ja vorauszusehen, daß auch bei diesem Etat wiederum, wie man das seit 20 Jahren verfolgen konnte, der Mittelstand in der Debatte hier eine große Rolle spielen würde. Es ist nur insofern etwas Neues zutage getreten, als der erste Redner der Konservativen, der Herr Abg. Opitz, zu einem für diese Partei immerhin merkwürdigen Zugeständnis bei dieser Gelegenheit gekommen ist. Sie wissen ja, was ich im Auge habe: sein Eingeständnis, daß in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und Sachsens diejenigen Voraussagen (D) vollständig eingetroffen sind, die die sozialistischen Theoretiker bereits vor 40 Jahren und länger an der tatsächlichen Entwicklung in England feststellen konnten. Denn die Sache ist ja so, daß das Tatsachenmaterial für die Theorie von Marx und Engels in der damaligen Entwicklung Englands schon vorlag. Nun, meine Herren, ist das ja gar nichts Besonderes, im Grunde genommen. Jeder vernünftige Mensch, der im öffentlichen Leben steht, kennt diese Tatsache, und er würde sich blamieren, wenn er sie bestreiten wollte. Das Merkwürdige liegt für uns aber darin, daß Sie trotz dieses Eingeständnisses an einer Mittelstandspolitik festhalten, die nichts anderes ist als die vollständige Verwirrung dieser anerkannten Entwicklungsgesetze. Ihre Mittelstandspolitik ist der Versuch, und zwar der mißlungene Versuch, die Entwicklungsgesetze der bürgerlich-kapitalistischen Produktion für den Mittelstand auszuschalten. In dem Augenblicke, wo Sie darauf verzichten, daß gewisse Eigenschaften notwendig sind, die zur Errichtung und Fortführung eines eigenen Geschäftes unter eigener Verantwortung, mit eigenem Kapital und mit eigenen Mitteln dienen, wo Sie ganze Schichten dieser selbständigen Unternehmer